

May 12, 1997

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with
Kazakhstan's President Nazarbayev on Saturday, 10
May 1997, 2.30 p.m. - 3.45 p.m. in Almaty**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with Kazakhstan's President Nazarbayev on Saturday, 10 May 1997, 2.30 p.m. - 3.45 p.m. in Almaty", May 12, 1997, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59748, 326-334. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300239>

Summary:

Kohl and Nazarbaev discuss a variety of issues including Russia, China, NATO enlargement and the domestic situation in Iran against the backdrop of the end of Rafsanjani's tenure in 1997. Kohl reiterates his willingness to engage Iran. At the same time, he stresses the need for Iran to move first in order to show goodwill.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Vorbereitung solle sowohl auf klassischer Schiene in erster Linie (AA, BMWi, BMF, BMZ) als auch durch persönliche Mitarbeiter erfolgen (BK benennt hierfür Unterzeichner als Ansprechpartner).

Präs. N insoweit bereit, auch kleine Gruppe nach Bonn zu entsenden, um „Tagesordnung“ im einzelnen abzustimmen.

Auf Bitte des Bundeskanzlers wird Präs. N in den nächsten 14 Tagen strikt persönlichen Brief direkt an den Bundeskanzler richten, in dem er seine Wünsche und Angebot konkret erläutert.

Präs. N bekräftigte Zielsetzung und Willen, daß KAS enge Zusammenarbeit mit EU, aber vor allem im Verhältnis zu D entwickeln wolle („Deutschland möglichst an 1. Stelle“).

Er nannte folgende Punkte, wo es konkrete Möglichkeiten gebe:

- * Bau eines Energiekomplexes durch Siemens
- * Zusammenarbeit im Erdöl und Erdgasbereich
- * Infrastrukturfragen, insbes. Telekommunikation
- * Maschinenbau

Ferner

- * Einrichtung eines Hauses der deutschen Wirtschaft in Almaty nach dem Vorbild in Shanghai
- * verarbeitende Industrie (vor allem Landwirtschaftserzeugnisse)
- * Förderung der Ansiedlung von Kleinen und Mittleren Betrieben (KMU)
- * Ansiedlung Industrie vor allem („50 %“) in den Regionen, wo D-stämmige leben, um sie zuveranlassen, in KAS zu bleiben

- * Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen in Ausfüllung und Weiterentwicklung der Beziehungen in allen Bereichen auf voller Breite (Bsp Sicherheitspolitik)
- * BK fügt hinzu: Zusammenarbeit in den Bereichen, Wissenschaft, Forschung
- * (Hinweis: AM Tokajew sprach mir gegenüber von „neuem Vertrag“, um gesamte Palette der Zusammenarbeit unter ein Dach zu bringen; ich habe mich dazu sehr zurückhaltend eingelassen)

Anmerkungen von Präs. N. zu einzelnen Bereichen und zur wirtschaftlichen Entwicklung

- * Ausbeutung Reichtümer an Bodenschätzen vielfältiger Art, insbes. Erdöl und Erdgas. KAS möchte Produktion steigern (jetzt 26 Mio. to - Ziel 2000: 50 Mio to, 2010 100 Mio. to bei Eigenverbrauch von 20 Mio. to) und nach (West-)Europa exportieren;

Verschiedene Wege vorstellbar

- ** entweder über RUS (RUS sehe jedoch in KAS Konkurrenz und verweigere bisher Transit); Bitte an BK, insoweit auf RUS einzuwirken)
- ** oder über Iran (Problem: politische Lage)
- ** oder über Afghanistan/Pakistan (Problem: Krieg in Afghanistan ohne Ende)
- ** oder nach/über China (hierzu erste positive Gespräche)

Hierzu wolle man Zusammenarbeit mit D-Firmen; Pipeline zum Schwarzen Meer werde sich in 2 -3 Jahren nach Fertigstellung bezahlt machen

- * Zudem wichtig für Investoren: politische Stabilität im Lande, Privilegien für Investoren, konvertible Währung und Gewinne, Inflation 1997 nur noch 17 % (1993 noch 2500 %); Währung stabil gegenüber dem Dollar; Bedeutung KAS als Transitland (Bsp: Eisenbahnverbindung - japan. Geld für Ausbau Grenzstation nach China; Glasfaserverbindung entlang der Strecke).

2. Regionale und internationale Fragen

a) Verhältnis zu Rußland

N bezeichnete Verhältnis als eigentlich normal (bis auf Probleme im Hinblick auf Erdöl/Erdgas - s.o.); er stehe in enger, persönlicher Verbindung zu Jelzin und Tschernomyrdin, vor 14 Tagen letztes Treffen in Moskau.

Jelzin habe zugesagt, die „beiden neuen Jungen“ voll zu unterstützen - dies sei aus seiner, N's Sicht, unbedingt notwendig, da ihnen viele Steine in den Weg gelegt würden. Sein Eindruck insgesamt: Tschubais und Nemzow würden die Reformen voranbringen (z.B. Beginn, die Monopole wie Gazprom aufzubrechen); wenn es so weiter gehe, echte positive Veränderungen in 2 Jahren zu erwarten; ein Unglück sei, daß Moskau und die Regionen an unterschiedlichen Strängen zögen.

b) Entwicklung in China

N glaube, daß es in nächster Zeit keine großen Veränderungen geben werde - man müsse sich auf Jiang als Präsident für die nächsten 10 Jahre einstellen.

Auf Frage nach der Nachfolge von MP Li Peng meinte N., „schwer zu sagen“, er schätze, jetziger stellv. MP für Wirtschaft Zhu Rong werde

ihm folgen - jedenfalls wäre Führung gut beraten, Wirtschaftsmann zu bevorzugen.

c) Entwicklung im Iran

Auf Fragen BK erläutert N, er unterhalte sehr gute Beziehungen zur Führung, in 3 Tagen treffe er erneut mit Rafsandjani zusammen. Fundamentalismus stelle kein Problem dar - Kasachen seien nicht religiös, jedoch echtes Problem in Usbekistan. Er habe viel daran gearbeitet, Iran und die USA zusammenzubringen, bisher ohne Erfolg, auch wenn beide Seiten immer wieder sagten, sie wollten dies. Rafsandjani habe Land öffnen wollen. Er sage jedoch, die islamische Revolution sei erst 15 Jahre alt. Solange die Mullahs demzufolge noch die Macht ausübten, sei es im Grunde nicht zu schaffen, das Land zu einem laizistischen Land zu machen. Die Generation der 30-40 Jährigen hasse jedoch das Regime, das auf Dauer nicht halten könne. Die Politik der Blockade seitens der USA sei jedoch nicht der richtige Ansatz gegenüber dem Iran.

Der Bundeskanzler stimmt letzterer Aussage zu. Auch er habe immer wieder die Auffassung vertreten, daß es nicht klug sei, ein Land in die Isolation zu treiben (siehe die Diskussion zu China). N. könne dies gerne Rafsandjani sagen. US-Politik gegenüber dem Iran habe irrationalen Hintergrund. Er habe sich sehr bemüht, eine mittlere Linie zu halten und sei dafür viel angegriffen worden. Er habe auch das Gespräch mit dem Iran im Auftrag des ermordeten israelischen MP Rabin wegen des abgeschlossenen israelischen Piloten Ron Arad gesucht.

N. wirft ein, auch er sei deswegen eingeschaltet worden - es gebe den Piloten wohl nicht.

Der Bundeskanzler fragt, wieviel Macht hat Rafsandjani tatsächlich? Er scheide jetzt aus dem Amt aus. Was wolle die Führung wirklich? - In jüngster Zeit sei bei uns die Mykonos-Sache hinzugekommen. Ein unabhängiges Gericht habe eindeutige Feststellungen über die Verwicklung des Irans getroffen - die Bundesregierung habe überhaupt keinen Einfluß auf die Richter und das Urteil - die Gerichte seien völlig unabhängig. Iran wolle dies nicht verstehen und habe unangemessen reagiert. Sein Interesse sei es, zum Abbau von Spannungen beizutragen. Er glaube, Rafsandjani sei im Grunde gutwillig - anderes gelte wohl für die religiöse Führung.

N. verweist darauf, Rafsandjani gehe im Mai. Er habe sich der religiösen Führung nicht untergeordnet. Es sei jetzt festgelegt, daß er eine wichtige Funktion im Islamischen Rat übernehme - und habe damit faktischen Einfluß auf alle Bereiche des Landes. Der jetzige Parlamentspräsident Nuri habe die größten Chancen, er werde von der religiösen Führung gefördert. Egal, wer rankomme, das Land müsse sich öffnen. Der Iran sei aber vor allem an der Zusammenarbeit mit D interessiert. Wenn der Bundeskanzler wolle, dann könne er beeinflussen, daß hohe Leute aus dem Iran nach D kommen.

Der Bundeskanzler stimmt der Analyse zu, daß auf Dauer kein anderer Weg als die Öffnung bestehe. Sein Interesse wäre nicht die Eskalation. Jetzt müsse man die Wahl abwarten. Dann sei der Iran am Zug. Im Moment mache es keinen Sinn, mit dem Iran zu reden; erst müsse der Iran echte positive Gesten machen, um die Stimmungslage wesentlich zu verbessern.

N. meinte, so schnell werde keine völlige Wendung der politischen Führung in Iran möglich sein. Die Tendenz sei aber wichtig, zumal die jüngere Generation von dem Makel des Mullah-Regimes weg

wolle, sie führe bereits heute in Wahrheit ein Doppelleben. Er sei in der grundsätzlichen Bewertung mit dem Bundeskanzler einverstanden. Die Politik der Amerikaner sei jedenfalls falsch; er habe den Eindruck, daß der Iran sich vor allem wirtschaftlich an Deutschland als dem größten europäischen Land „festmachen“ wolle; hierdurch könne man eine hilfreiche Entwicklung auslösen.

Der Bundeskanzler wiederholt, er sei gegen eine Embargo-Politik, zunächst müsse sich jedoch das Klima in Teheran verändern. Der Iran sei jetzt am Zuge. N. müsse nur die bisherigen Vorwürfe aus dem amerikanischen Kongreß gegen die Deutschen bedenken; jetzt sei das Urteil zum Terror-Anschlag in Berlin hinzugekommen, das die Amerikaner als einen Beweis für ihre Politik annehmen. Wenn er, N., Rafsandjani sehe, so könne er ihm sagen, er, der Bundeskanzler, wolle keine Eskalation, es seien jetzt echte Gesten von Seiten des Iran notwendig.

Auf entsprechende Fragen des Bundeskanzlers erläutert N., Parlamentspräsident Nuri sei kürzlich auf dem Wege nach Moskau in Almaty gewesen. Er habe ihm sehr deutlich gemacht, daß die Politik des Irans sich ändern müsse. Er habe geantwortet, daß der Iran den Fundamentalismus nicht auf andere Länder ausdehnen wolle; wenn er gewählt werde, wolle er die Wirtschaft des Landes öffnen.

Der Bundeskanzler bittet N., ihn über seine weiteren Gespräche mit dem Iran auf direktem Wege informiert zu halten.

d) Lage in Afghanistan

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert N. die Lage in Afghanistan: Man habe zwar keine gemeinsame Grenze (500 km weg; unmittel-

bare Grenze nur Tadschikistan; während chinesische Grenze direkt 300 km entfernt sei). Man verfolge die Lage sehr aufmerksam, zumal der Weg über Afghanistan/Pakistan ideal für den Export von Erdöl und Erdgas wäre (das Gleiche gelte auch für die turkmenischen und usbekischen Quellen). Ihm sei letztlich gleichgültig, wer in Afghanistan an der Macht sei: das Wesentliche sei, endlich Klarheit zu gewinnen und Ruhe in Afghanistan. Seit 20 Jahren herrsche dort Krieg. Alle hätten versucht, den Krieg zu beenden, jedoch ohne Erfolg. Man habe die Truppen an der Grenze von Tadschikistan und Usbekistan verstärkt, um ein Überschwappen von einzelnen Gruppen zu verhindern. Zur Zeit unterstütze Pakistan die Talibani. Es sei jedoch unbekannt, wer an der Spitze stehe. Andere wichtige Figuren seien Dostum und Moussad. Ein Stamm kämpfe gegen den anderen; jede Region habe eigene Chefs. Der Iran (wie die USA und Saudi-Arabien) unterstütze die Talibani.

e) NATO-Erweiterung

N. betont, er sehe sehr positiv, daß der Bundeskanzler Rußland in den europäischen Prozeß einbeziehe. Weder Jelzin noch Tschernomyrdin seien eigentlich gegen die NATO-Erweiterung; sie wollten nur ihr Gesicht nicht verlieren.

Der Bundeskanzler führt aus, er versuche zu helfen. Viele im Westen seien nicht sehr klug in dieser Sache. Seine Position sei einfach, versuche zu helfen, um Rußland einzubeziehen und gleichzeitig den Reformprozeß zu unterstützen. Eine Prognose könne er nicht abgeben. Wenn man aber nicht helfe, sei das Risiko größer. Sein Ziel seien gute, vernünftige Beziehungen.

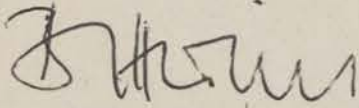
N. erwidert, er habe der russischen Führung zugeraten, pragmatisch vorzugehen. Man müsse im Kopf haben, daß es in Moskau natürlich auch

-9-

327

334

Gegner gebe - die Kommunisten und diejenigen, die das imperiale Denken nicht abgelegt hätten, wollten an die Macht, was natürlich schlecht für Rußland, Europa und Kasachstan wäre. Man müsse genau aufpassen, daß diese Kräfte nicht die Überhand gewinnen. Und man müsse erreichen, daß durch eine positive Unterstützung diese einen „Beißkorb“ erhielten. Manche der russischen Forderungen gingen natürlich zu weit, die Russen könnten nicht erwarten, daß sie in Kernfragen anstelle der NATO entscheiden.



Bitterlich

MD J. Bitterlich
Bonn, den 12. Mai 1997

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem kasachischen Staatspräsidenten Nasarbajew am Samstag, 10. Mai 1997, 14.30 - 15:45 Uhr in Almaty^[1]

Teilnehmer auf kasachischer Seite: Präsident Nasarbajew, AM Tokajew als Notetaker, N.N., Berater

Teilnehmer auf unserer Seite: Der Bundeskanzler, Unterzeichner, Dolmetscher (der Botschaft)

Wesentliche Themen und Ergebnisse:

1. Bilaterale Fragen

BK dankt Präs. N für Einladung; er denke daran, im Frühjahr 1998 auf dem Rückweg von Peking KAS zu besuchen.

BK betont, er freue sich auf Besuch von Präs. N im November in D. Ziel seines heutigen kurzen Treffens sei es, gute Vorbereitung des Besuchs zu vereinbaren, um Ziel neuer Qualität in den Beziehungen in allen Bereichen zu erreichen.

Vorbereitung solle sowohl auf klassischer Schiene in erster Linie (AA, BMW, BMF, BMZ) als auch durch persönliche Mitarbeiter erfolgen (BK benennt hierfür Unterzeichner als Ansprechpartner).

Präs. N insoweit bereit, auch kleine Gruppe nach Bonn zu entsenden, um „Tagesordnung“ im einzelnen abzustimmen.

Auf Bitte des Bundeskanzlers wird Präs. N in den nächsten 14 Tagen strikt persönlichen Brief direkt an den Bundeskanzler richten, in dem er seine Wünsche und Angebot konkret erläutert.

Präs. N bekräftigte Zielsetzung und Willen, daß KAS enge Zusammenarbeit mit EU, aber vor allem im Verhältnis zu D entwickeln wolle (Deutschland möglichst an 1. Stelle“).

Er nannte folgende Punkte, wo es konkrete Möglichkeiten gebe:

- Bau eines Energiekomplexes durch Siemens
- Zusammenarbeit im Erdöl und Erdgasbereich
- Infrastrukturfragen, insbes. Telekommunikation
- Maschinenbau

Ferner

- Einrichtung eines Hauses der deutschen Wirtschaft in Almaty nach dem Vorbild in Shanghai verarbeitende Industrie (vor allem Landwirtschaftserzeugnisse)
- Förderung der Ansiedlung von Kleinen und Mittleren Betrieben (KMU)
- Ansiedlung Industrie vor allem („50 %“) in den Regionen, wo D-stämmige leben, um sie zu veranlassen, in KAS zu bleiben.
- Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen in Ausfüllung und Weiterentwicklung der Beziehungen in allen Bereichen auf voller Breite (Bsp. Sicherheitspolitik)
- BK fügt hinzu: Zusammenarbeit in den Bereichen, Wissenschaft, Forschung
- (Hinweis: AM Tokajew sprach mir gegenüber von „neuem Vertrag“, um gesamte Palette der Zusammenarbeit unter ein Dach zu bringen; ich habe mich dazu sehr zurückhaltend eingelassen)

Anmerkungen von Präs. N. zu einzelnen Bereichen und zur wirtschaftlichen Entwicklung

Ausbeutung Reichtümer an Bodenschätzen vielfältiger Art, insbes. Erdöl und Erdgas. KAS möchte Produktion steigern (jetzt 26 Mio. to - Ziel 2000: 50 Mio to, 2010 100 Mio. to bei Eigenverbrauch von 20 Mio. to) und nach (West-)Europa exportieren;

Verschiedene Wege vorstellbar

□entweder über RUS (RUS sehe jedoch in KAS Konkurrenz und verweigere bisher Transit); Bitte an BK, insoweit auf RUS einzuwirken)

□oder über Iran (Problem: politische Lage)

- oder über Afghanistan/Pakistan (Problem: Krieg in Afghanistan ohne Ende)
- oder nach/über China (hierzu erste positive Gespräche)

Hierzu wolle man Zusammenarbeit mit D-Firmen; Pipeline zum Schwarzen Meer werde sich in 2 -3 Jahren nach Fertigstellung bezahlt machen.

Zudem wichtig für Investoren: politische Stabilität im Lande, Privilegien für Investoren, konvertible Währung und Gewinne, Inflation 1997 nur noch 17 % (1993 noch 2500 %); Währung stabil gegenüber dem Dollar; Bedeutung KAS als Transitland (Bsp: Eisenbahnverbindung - Japan. Geld für Ausbau Grenzstation nach China; Glasfaserverbindung entlang der Strecke).

2. Regionale und internationale Fragen

a) Verhältnis zu Rußland

N bezeichnete Verhältnis als eigentlich normal (bis auf Probleme im Hinblick auf Erdöl/Erdgas - s.o.); er stehe in enger, persönlicher Verbindung zu Jelzin und Tschernomyrdin, vor 14 Tagen letztes Treffen in Moskau.

Jelzin habe zugesagt, die „beiden neuen Jungen“ voll zu unterstützen - dies sei aus seiner, N's Sicht, unbedingt notwendig, da ihnen viele Steine in den Weg gelegt würden. Sein Eindruck insgesamt: Tschubais und Nemzow würden die Reformen voranbringen (z.B. Beginn, die Monopole wie Gazprom aufzubrechen); wenn es so weiter gehe, echte positive Veränderungen in 2 Jahren zu erwarten; ein Unglück sei, daß Moskau und die Regionen an unterschiedlichen Strängen zögen.

b) Entwicklung in China

N glaube, daß es in nächster Zeit keine großen Veränderungen geben werde - man müsse sich auf Jiang als Präsident für die nächsten 10 Jahre einstellen. Auf Frage nach der Nachfolge von MP Li Peng meinte N., „schwer zu sagen“, er schätze, jetziger stellv. MP für Wirtschaft Zhu Rong werde

ihm folgen - jedenfalls wäre Führung gut beraten, Wirtschaftsmann zu bevorzugen.

c) Entwicklung im Iran

Auf Fragen BK erläutert N, er unterhalte sehr gute Beziehungen zur Führung, in 3 Tagen treffe er erneut mit Rafsandjani zusammen. Fundamentalismus stelle kein Problem dar - Kasachen seien nicht religiös, jedoch echtes Problem in Usbekistan. Er habe viel daran gearbeitet, Iran und die USA zusammenzubringen, bisher ohne Erfolg, auch wenn beide Seiten immer wieder sagten, sie wollten dies. Rafsandjani habe Land öffnen wollen. Er sage jedoch, die islamische Revolution sei erst 15 Jahre alt. Solange die Mullahs demzufolge noch die Macht ausübten, sei es im Grunde nicht zu schaffen, das Land zu einem laizistischen Land zu machen. Die Generation der 30-40 Jährigen hasse jedoch das Regime, das auf Dauer nicht halten könne. Die Politik der Blockade seitens der USA sei jedoch nicht der richtige Ansatz gegenüber dem Iran.

Der Bundeskanzler stimmt letzterer Aussage zu. Auch er habe immer wieder die Auffassung vertreten, daß es nicht klug sei, ein Land in die Isolation zu treiben (siehe die Diskussion zu China). N. könne dies gerne Rafsandjani sagen. US-Politik gegenüber dem Iran habe irrationalen Hintergrund. Er habe sich sehr bemüht, eine mittlere Linie zu halten und sei dafür viel angegriffen worden. Er habe auch das Gespräch mit dem Iran im Auftrag des ermordeten israelischen MP Rabin wegen des abgeschlossenen israelischen Piloten Ron Arad gesucht.

N. wirft ein, auch er sei deswegen eingeschaltet worden - es gebe den Piloten wohl nicht.

Der Bundeskanzler fragt, wieviel Macht hat Rafsandjani tatsächlich? Er scheidet jetzt aus dem Amt aus. Was wolle die Führung wirklich? -In jüngster Zeit sei bei uns die Mykonos-Sache hinzugekommen. Ein unabhängiges Gericht habe eindeutige Feststellungen über die Verquickung Irans getroffen - die Bundesregierung habe überhaupt keinen Einfluß auf die Richter und das Urteil - die Gerichte seien völlig unabhängig. Iran wolle dies nicht verstehen und habe unangemessen reagiert. Sein Interesse sei es, zum Abbau von Spannungen beizutragen. Er glaube, Rafsandjani sei im Grunde gutwillig - anderes gelte wohl für die religiöse Führung.

N. verweist darauf, Rafsandjani gehe im Mai. Er habe sich der religiösen Führung nicht untergeordnet. Es sei jetzt festgelegt, daß er eine wichtige Funktion im

Islamischen Rat übernehme - und habe damit faktischen Einfluß auf alle Bereiche des Landes. Der jetzige Parlamentspräsident Nuri habe die größten Chancen, er werde von der religiösen Führung gefördert. Egal, wer rankomme, das Land müsse sich öffnen. Der Iran sei aber vor allem an der Zusammenarbeit mit D interessiert. Wenn der Bundeskanzler wolle, dann könne er beeinflussen, daß hohe Leute aus dem Iran nach D kommen.

Der Bundeskanzler stimmt der Analyse zu, daß auf Dauer kein anderer Weg als die Öffnung bestehe. Sein Interesse wäre nicht die Eskalation. Jetzt müsse man die Wahl abwarten. Dann sei der Iran am Zug. Im Moment mache es keinen Sinn, mit dem Iran zu reden; erst müsse der Iran echte positive Gesten machen, um die Stimmungslage wesentlich zu verbessern.

N. meinte, so schnell werde keine völlige Wendung der politischen Führung in Iran möglich sein. Die Tendenz sei aber wichtig, zumal die jüngere Generation von dem Makel des Mullah-Regimes weg

wolle, sie führe bereits heute in Wahrheit ein Doppelleben. Er sei in der grundsätzlichen Bewertung mit dem Bundeskanzler einverstanden. Die Politik der Amerikaner sei jedenfalls falsch; er habe den Eindruck, daß der Iran sich vor allem wirtschaftlich an Deutschland als dem größten europäischen Land „festmachen“ wolle; hierdurch könne man eine hilfreiche Entwicklung auslösen.

Der Bundeskanzler wiederholt, er sei gegen eine Embargo-Politik, zunächst müsse sich jedoch das Klima in Teheran verändern. Der Iran sei jetzt am Zuge. N. müsse nur die bisherigen Vorwürfe aus dem amerikanischen Kongreß gegen die Deutschen bedenken; jetzt sei das Urteil zum Terror-Anschlag in Berlin hinzugekommen, das die Amerikaner als einen Beweis für ihre Politik annehmen. Wenn er, N., Rafsandjani sehe, so könne er ihm sagen, er, der Bundeskanzler, wolle keine Eskalation, es seien jetzt echte Gesten von Seiten des Iran notwendig.

Auf entsprechende Fragen des Bundeskanzlers erläutert N., Parlamentspräsident Nuri sei kürzlich auf dem Wege nach Moskau in Almaty gewesen. Er habe ihm sehr deutlich gemacht, daß die Politik des Irans sich ändern müsse. Er habe geantwortet, daß der Iran den Fundamentalismus nicht auf andere Länder ausdehnen wolle; wenn er gewählt werde, wolle er die Wirtschaft des Landes öffnen.

Der Bundeskanzler bittet N., ihn über seine weiteren Gespräche mit dem Iran auf direktem Wege informiert zu halten.

d) Lage in Afghanistan

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert N. die Lage in Afghanistan: Man habe zwar keine gemeinsame Grenze (500 km weg; unmittelbare

Grenze nur Tadschikistan; während chinesische Grenze direkt 300 km entfernt sei). Man verfolge die Lage sehr aufmerksam, zumal der Weg über Afghanistan/Pakistan ideal für den Export von Erdöl und Erdgas wäre (das Gleiche gelte auch für die turkmenischen und usbekischen Quellen). Ihm sei letztlich gleichgültig, wer in Afghanistan an der Macht sei: das Wesentliche sei, endlich Klarheit zu gewinnen und Ruhe in Afghanistan. Seit 20 Jahren herrsche dort Krieg. Alle hätten versucht, den Krieg zu beenden, jedoch ohne Erfolg. Man habe die Truppen an der Grenze von Tadschikistan und Usbekistan verstärkt, um ein Überschwappen von einzelnen Gruppen zu verhindern. Zur Zeit unterstütze Pakistan die Taliban. Es sei jedoch unbekannt, wer an der Spitze stehe. Andere wichtige Figuren seien Dostum und Moussad. Ein Stamm kämpfe gegen den anderen; jede Region habe eigene Chefs. Der Iran (wie die USA und Saudi-Arabien) unterstütze die Taliban.

e) NATO-Erweiterung

N. betont, er sehe sehr positiv, daß der Bundeskanzler Rußland in den europäischen Prozeß einbeziehe. Weder Jelzin noch Tschernomyrdin seien eigentlich gegen die NATO-Erweiterung; sie wollten nur ihr Gesicht nicht verlieren.

Der Bundeskanzler führt aus, er versuche zu helfen. Viele im Westen seien nicht sehr klug in dieser Sache. Seine Position sei einfach, versuche zu helfen, um Rußland einzubeziehen und gleichzeitig den Reformprozeß zu unterstützen. Eine Prognose könne er nicht abgeben. Wenn man aber nicht helfe, sei das Risiko größer. Sein Ziel seien gute, vernünftige Beziehungen.

N. erwidert, er habe der russischen Führung zugeraten, pragmatisch vorzugehen.

Man müsse im Kopf haben, daß es in Moskau natürlich auch Gegner gebe - die Kommunisten und diejenigen, die das imperiale Denken nicht abgelegt hätten, wollten an die Macht, was natürlich schlecht für Rußland, Europa und Kasachstan wäre. Man müsse genau aufpassen, daß diese Kräfte nicht die Überhand gewinnen. Und man müsse erreichen, daß durch eine positive Unterstützung diese einen „Beißkorb" erhielten. Manche der russischen Forderungen gingen natürlich zu weit, die Russen könnten nicht erwarten, daß sie in Kernfragen anstelle der NATO entscheiden.

(Bitterlich)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59748, 326-335.

MD J. Bitterlich
Bonn, 12 May 1997

M e m o r a n d u m

Subject: Chancellor's Conversation with Kazakhstan's President Nazarbayev on Saturday, 10 May 1997, 2.30 p.m. - 3.45 p.m. in Almaty[\[1\]](#)

Participants on the Kazakh side: President Nazarbayev, Foreign Minister Tokayev as notetaker, N.N., adviser

Participants on our side: The Chancellor, signee, interpreter (of the embassy)

Essential issues and results

1. Bilateral issues

BK thanks Pres. N for the invitation, he is thinking of visiting KAS on his way back from Beijing in the spring of 1998.

BK emphasizes that he is looking forward to the visit of President N in November in Germany. The aim of his short meeting today is to arrange good preparation for the visit in order to achieve the goal of a new quality in relations in all areas.

Preparation should take place both on the traditional track (AA, BMW, BMF, BMZ) and by personal employees (BK names signatories as contact persons for this).

Pres. N is ready to send small groups to Bonn in order to vote on the "agenda" in detail.

At the request of the Federal Chancellor, President N will send a strictly personal letter directly to the Federal Chancellor in the next 14 days, in which he explains his wishes and offers in detail.

President N confirmed the objective and will that KAS wanted to develop close cooperation with the EU, but above all in relation to D (Germany, if possible, in 1st place ").

He mentioned the following points where there are concrete options:

- Construction of an energy complex by Siemens
- Cooperation in the oil and gas sector
- Infrastructure issues, especially telecommunications
- Mechanical engineering

Further

- Establishment of a house of the German economy in Almaty based on the model in Shanghai processing industry (especially agricultural products)
- Promotion of the settlement of small and medium-sized enterprises (SMEs)
- Settlement of industry especially ("50%") in the regions where people of German origin live in order to induce them to stay in KAS.
- Cooperation also in other areas in the completion and further development of the relationships in all areas across the board (e.g. security policy)
- BK adds: cooperation in the fields of science, research
- (Note: Foreign Minister Tokayev spoke to me about a "new contract" to bring the entire range of cooperation under one roof; I was very reluctant to get involved)

Comments from President N. on individual areas and on economic development

Exploitation of riches in mineral resources of various kinds, especially oil and natural gas. KAS would like to increase production (now 26 million tons - target 2000: 50 million tons, 2010 100 million tons with own consumption of 20 million tons) and export to (Western) Europe;

Different ways imaginable

- either via RUS (RUS, however, sees competition in KAS and has so far refused transit); Please contact BK to influence RUS in this respect)
- or about Iran (problem: political situation)

- or via Afghanistan / Pakistan (problem: war in Afghanistan without end)
- or to / via China (on this first positive discussions)

To this end, they want to work with German companies. The pipeline to the Black Sea will pay for itself in 2-3 years after completion.

Also important for investors: political stability in the country, privileges for investors, convertible currency and profits, inflation in 1997 only 17% (in 1993 still 2500%). Currency stable against the dollar. Significance of KAS as a transit country (example: railway connection - Japan. Money for expansion of border station to China; fiber optic connection along the route).

2. Regional and international issues

a) Relationship with Russia

N described ratio as actually normal (except for problems with regard to oil / natural gas - see above). He is in close personal contact with Yeltsin and Chernomyrdin. The last meeting in Moscow a fortnight ago.

Yeltsin had promised to fully support the "two new boys". From his, N's point of view, this was absolutely necessary, as many obstacles would be put in their way. His overall impression: Chubais and Nemtsov would advance the reforms (e.g. start, to break up the monopolies like Gazprom); if things go on like this, real positive changes can be expected in 2 years; it is a misfortune that Moscow and the regions were pulling on different strands.

b) Development in China

N think there won't be any big changes anytime soon - one has to be prepared for Jiang as president for the next 10 years. When asked about the successor to MP Li Peng, N. said, "hard to say", he estimated that it would be the current deputy MP for economics Zhu Rong. In any case, the leadership would be well advised to pick an economic expert.

c) Development in Iran

In response to questions from BK, N explains that he has very good relationships with the leadership and that he will meet Rafsandjani again in 3 days. Fundamentalism was not a problem - Kazakhs were not religious, but a real problem in Uzbekistan. He had worked a lot to bring Iran and the US together, so far without success, even if both sides kept saying that they wanted to. Rafsandjani wanted to open up the country. However, he said the Islamic revolution was only 15 years old. As long as the mullahs were still in power, it was basically impossible to turn the country into a secular country. However, the generation of 30-40 year olds hated the regime, which could not last in the long term. The U.S. blockade policy, however, is not the right approach towards Iran.

The Chancellor agrees with the latter statement. He, too, had repeatedly taken the view that it was not wise to drive a country into isolation (see the discussion on China). N. could say this to Rafsandjani. U.S. policy towards Iran has an irrational background. He had tried very hard to keep a middle line and was attacked a lot for it. He also sought talks with Iran on behalf of the murdered Israeli MP Rabin because of the locked Israeli pilot Ron Arad.

N. throws in that he was also called in because of this - the pilot probably did not exist.

The Chancellor asks how much power did Rafsandjani actually have? He was now leaving office. What did the leadership really want? Lately we had had the Mykonos affair. An independent court had made clear statements about Iran's involvement - the federal government had no influence whatsoever on the judges and the verdict - the courts were completely independent. Iran did not want to understand this and has reacted inappropriately. His interest was to help reduce tensions. He believes that Rafsandjani was basically good willed - something else probably applied to the religious leadership.

N. points out that Rafsandjani would be leaving in May. He did not submit to the religious leadership. He would take on an important function in the Islamic Council - and thus had a de facto influence on all areas of the country. The current President of Parliament, Nuri, had the best chance of being promoted by the religious leadership. No matter who could get hold of it, the country had to open up. But Iran was primarily

interested in working with Germany. If the Chancellor wanted, he could use his influence and urge high-ranking people from Iran come to Germany.

The Chancellor agrees with the analysis that there was no other way than opening up in the long run. His interest was not escalation. Now one had to wait for the choice. Then it would be Iran's turn. At the moment, it did not make sense to talk to Iran. First of all, Iran had to make genuinely positive gestures in order to significantly improve the mood.

N. said that a complete turnaround in the political leadership in Iran would not be possible anytime soon. However, the tendency was important, especially since the younger generation was moving away from the stigma of the mullah regime.

In truth, they were already leading a double life today. He agreed with the Chancellor's basic assessment. In any case, the policy of the Americans was wrong. He had the impression that Iran wanted to establish close associations with Germany as the largest European country. This could trigger a helpful development.

The Chancellor repeated that he was against an embargo policy, but first the climate in Tehran had to change. It was now Iran's turn. N. only has to consider the previous allegations from the American Congress against the Germans; now the ruling on the terror attack in Berlin has been added, which the Americans accept as evidence of their policies. If he, N., saw Rafsandjani, he could tell him that he, the Federal Chancellor, did not want an escalation, that real gestures on the part of Iran were now necessary.

In response to questions from the Chancellor, N. explained that the President of the Parliament, Nuri, was recently in Almaty on his way to Moscow. He made it very clear to him that Iran's policy must change. He replied that Iran did not want to extend fundamentalism to other countries; if he was elected, he wanted to open up the country's economy.

The Chancellor asks N. to keep him informed about his further talks with Iran directly.

d) Situation in Afghanistan

In response to questions from the Chancellor, N. explains the situation in Afghanistan: Although there is no common border (500 km away; immediate border only Tajikistan; while the Chinese border is 300 km away). The situation was being followed very carefully, especially since the route via Afghanistan / Pakistan would be ideal for the export of oil and natural gas (the same applied to the Turkmen and Uzbek sources). Ultimately, he says, he didn't care who was in power in Afghanistan: The essential thing was to finally gain clarity and calm in Afghanistan. War had been raging there for 20 years. Everyone tried to end the war, but to no avail. The troops on the border between Tajikistan and Uzbekistan had been reinforced to prevent individual groups from spilling over. Pakistan was currently supporting the Taliban. However, it was unknown who was at the top. Dostum and Moussad were other important figures. One tribe fought against the other; each region had its own bosses. Iran (like the U.S. and Saudi Arabia) supported the Taliban.

e) NATO Expansion

N. emphasizes that he appreciated the fact that the Chancellor was including Russia in the European process. Neither Yeltsin nor Chernomyrdin were actually against NATO expansion; they just didn't want to lose face.

The Chancellor explained that he was trying to help. Many in the West were not very smart about this. His position was simple: He was trying to help involve Russia and at the same time support the reform process. He could not make a forecast. But if you did not help, the risk was greater. His goal was a good, sensible relationship.

N. replied that he had advised the Russian leadership to proceed pragmatically. One had to keep in mind that there were of course opponents in Moscow, the Communists and those who had not given up imperial thinking. They wanted power, which of course would be bad for Russia, Europe and Kazakhstan. One had to be very careful that these forces did not gain the upper hand. And one had to ensure that positive support gave them a "muzzle". Of course, some of the Russian demands went too far. The Russians could not expect to decide on key NATO issues.

(Bitterlich)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59748, 326-334.